



# Licht in die Praktiken der Überwachung bringen

„Die Erkenntnisse über die Überwachung von Gesprächen bei der Polizei machen uns fassungslos. Ein Datenschutzskandal von immensen Ausmaß zeichnet sich ab. Jetzt muss alles dafür getan werden, Licht in die Überwachungspraktiken zu bringen und den Skandal aufzuklären. Die Instrumente der parlamentarischen Kontrolle müssen umfassend genutzt werden“, fordert Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, angesichts der jahrzehntelangen, insbesondere der automatisierten Aufzeichnung sowie Archivierung von Gesprächen von oder zu Diensttelefonen der Thüringer Polizei.

Die LINKE hat gemeinsam mit den Koalitionspartnern und der Landesregierung auf eine Landtagssondersitzung hingewirkt, die am 17. August stattfinden wird. Der Thüringer Innenminister Dr. Holger Poppenhäger hat einen ausführlichen Bericht dazu angekündigt.

Offensichtlich handelt es sich um sehr weitreichende Abhör-Maßnahmen, die auch Personen betreffen, die einem besonderen Vertrauensschutz unterliegen. Außerdem ist zu befürchten, dass so die Unabhängigkeit der Justiz verletzt wurde.

Susanne Hennig-Wellsow: „Es ist außerordentlich beunruhigend, dass mehr als 15 Jahre massenweise Telefongespräche mit Polizeibehörden ohne Rechtsgrund aufgezeichnet wurden und damit tief in das Grundrecht auf in-

formationelle Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern sowie in besondere Schutzrechte von Rechtsanwälten, Richtern, Journalisten, Sozialarbeitern, Abgeordneten als auch Zeugen und Beschuldigten in Ermittlungsverfahren eingegriffen wurde.“

Im Rahmen der parlamentarischen Überprüfung und Kontrolle der Exekutive ist es nun Aufgabe des Innenministeriums, aufzuklären und dem Parla-

ment zu berichten, in welchem Umfang ohne Wissen der Gesprächspartner Aufzeichnungen von Telefongesprächen erfolgten, die Zahl der Betroffenen festzustellen und diese gegebenenfalls zu benachrichtigen sowie über die Speicherung, Verwendung und Lö-

schung der erhobenen Daten zu informieren. Auch der Landesdatenschutzbeauftragte müsse umgehend eingeschaltet werden. Die LINKE-Fraktionsvorsitzende verweist darauf, dass sowohl der damalige CDU-Innenminister als auch der Ex-CDU-Finanzminister 2013 mit der Aussage, es gebe keine Überwachung, den Landtag und den Datenschutzbeauftragten in der Sache falsch informiert



haben. „Es muss geklärt werden, ob es sich hier um bewusste Lügen handelte.“ Die offenkundig flächendeckend und strukturiert erfolgte Überwachung von Polizeibediensteten ist unter der rot-rot-grünen Landesregierung beendet worden. ■

## AKTUELL

### Umfassender Bericht zur Thüringer Bildungspolitik

Am 11. August tritt der Thüringer Landtag auf Antrag der CDU sowie der AfD zu Sondersitzungen zusammen. Der von der CDU-Fraktion vorgelegte Antrag lautet „Schluss mit dem Bildungschaos in Thüringen – Schulen brauchen Verlässlichkeit und engagierte Lehrer statt neuer Reformen“. Dazu teilte das Bildungsministerium mit, dass es ausdrücklich die Sonderplenarsitzung zur Bildungspolitik begrüße und sich darauf freue, „ausführlich darstellen zu können, dass wir:

1. den Bildungsetat konsequent erhöht haben,
2. wir entsprechend des Koalitionsvertrages jedes Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen.
3. die Hortbetreuung ab 1. August gesichert ist.

Es sei kurz daran erinnert, dass im Jahr 2008 – das letzte Jahr, in dem die CDU im Bildungsministerium Verantwortung getragen hat – insgesamt 9 Lehrer neu eingestellt wurden. Ebenfalls 2008 wurde hier unter einer CDU-Ministeriumsspitze das Modellprojekt Grundschulhorte begonnen.

Wenn wir heute das umgesetzt hätten, was damals für das Ende des Modellprojekts vorgesehen war, hätte es tatsächlich massive Probleme in der Hortbetreuung gegeben: Erzieherinnen und Erzieher wären vom Land mit einem Stellenumfang von maximal 50 Prozent eingestellt worden, alle Urlaubsansprüche wären verfallen, alle für das Gehalt entscheidenden Erfahrungsstufen wären verfallen. Wir mussten in mühevoller Kleinarbeit Fehler korrigieren, die 2008 gemacht wurden,

damit Erzieherinnen auch ihre 70- und 80-Prozent-Stellen behalten konnten. Wir bieten Fakten gegen Polemik – die CDU hat allen Grund in der Sondersitzung des Landtags genau zuzuhören.“

Die AfD-Fraktion beantragte eine Sondersitzung zum Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit mit der Begründung „Ausgewogene Bekämpfung des Extremismus – keine Förderungen von Extremisten“. Ein weiterer Antrag der AfD nimmt Bezug auf die Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie, die an die Amadeu-Antonio-Stiftung vergeben wurde, und fordert mit einer abstrusen Behauptung – Überwachung und Archivierung von Meinungsäußerungen Thüringer Bürger – ein Ende der Kooperation. ■

## KOMMENTIERT:

von Rainer Kräuter

### Schluss mit Ausnahmen!

Die Widerspruchsfrist ist abgelaufen, Zeitungszustellerinnen und -zusteller, die nicht ausschließlich Zeitungen, Zeitschriften oder Anzeigenblätter mit redaktionellem Inhalt austragen, haben Anspruch auf den vollen Mindestlohn. Nun gilt es, die weiteren 7.200 Kolleginnen und Kollegen, die in Thüringen Zeitungen austragen, über diesen Erfolg zu unterrichten und den meist geringfügig Beschäftigten bei der Gründung einer betrieblichen Interessenvertretung jede Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Das Mindestlohngesetz sieht vor, dass für Zeitungszusteller 75 bzw. 85 Prozent des Mindestlohns ausreichen (§ 24 Abs. 2 MiLoG). Ein Kollege, der auch als Konfektionierer tätig war, also u.a. von Hand Werbung in Zeitungen einlegte, hatte vor dem Geraer Arbeitsgericht um sein Recht auf eine faire Bezahlung gekämpft und gewonnen. In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Kläger hat Anspruch auf Zahlung von Mindestlohn [...] sowie Sonntagszuschlägen in Höhe von 25 Prozent, und zwar sowohl für das Konfektionieren als auch den Zustellvorgang.“ Die Ausnahmeregelung im Mindestlohngesetz darf hier also nicht angewendet werden.

Mit der Einführung des Mindestlohns wurden u.a. bei der Thüringer Mediengruppe Sonntags- und Nachtzuschläge der Zusteller von 25 auf 10 Prozent gekürzt. Nur wenige wehrten sich. Die Abrechnungen, die bspw. von der Thüringer Zeitungsgruppe an die Beschäftigten ausgegeben werden, sind – beginnend bei der unklaren Abrechnung der Arbeitszeiten – kaum nachvollziehbar. Da scheuen viele die Auseinandersetzung um die vermeintlichen paar Cent mehr. Diese aber summieren sich für den Einzelnen und das Unternehmen spart einiges. Der Kampf, den der Kollege vor Gericht gegen seinen Arbeitgeber geführt hat, erinnert an David gegen Goliath. Die zuständige Gewerkschaft und der Rechtsschutz haben den Kollegen hervorragend beraten. Das Ergebnis sollte eine Signalwirkung für die vielen Beschäftigten im Zustellwesen haben.

Der Mindestlohn sollte ursprünglich eine untere Marke für den Wert von Arbeit setzen. Die jetzt geltenden Ausnahmen, Sonderregelungen und Sperrklauseln höhlen diese jedoch aus. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, der ausnahmslos für alle gilt. Denn mindestens diesen ist jede Arbeit wert. ■